

492194-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen – Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin Umbau und Erweiterung Gebäude T: Freianlagen

OJ S 135/2026 16/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Max-Planck-Gesellschaft , GV-Bauabteilung

E-Mail: bieterfragen@gv.mpg.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Bildung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin Umbau und Erweiterung Gebäude T: Freianlagen

Beschreibung: Das Fritz-Haber-Institut (FHI) wurde im Jahr 1911 als Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem gegründet und 1953 in die MPG eingegliedert. Im Zentrum der Forschungsaktivitäten steht das fundamentale Verständnis elementarer Prozesse in der physikalischen Chemie und damit des Zusammenhangs von Struktur, Reaktivität und Dynamik an Oberflächen, Grenzflächen, Nanostrukturen, Molekülen und Clustern. Aktuell besteht ein erhebliches Defizit an hochinstallierten, nass-chemischer Laborflächen mit für den robotisierten Betrieb geeignetem Aufbau. Zur Bedarfsdeckung soll das Gebäude T zu einem Laborbau umgebaut und erweitert werden. Die auf der Nordseite des sechseckigen Gebäudes angeordneten Bürokuben und die Mittelhalle sollen anteilig abgebrochen und die technische Ausrüstung komplett zurückgebaut werden. In die frei werdenden Flächen, zwischen den zwei teilabgebrochenen Kuben, soll der Erweiterungsbau in das bestehende Gebäude „eingeschoben“ werden. In diesem neu zu errichtenden Teilgebäude sollen sämtliche hochinstallierte Räume, wie Labore und Gefahrstofflager, sowie der Großteil der zentralen Technik und technischen Erschließung auf drei Geschossen, davon ein Kellergeschoss, untergebracht werden. Das „Kernstück“ des neuen Bereichs stellt dabei das KI-gesteuerten automatisierte Labor dar, dass im Erdgeschoss entstehen soll. Im darüber liegenden Geschoss sollen Nasschemie-Labore mit Auswertepätzen entstehen, die in mehrere Laborräume unterteilbar sein sollen. Das zukünftige Gebäude T soll eine NUF von ca. 1.400 m² (ca. 3.370 m² BGF) umfassen, wobei sich die geplanten Nutzungsflächen wie folgt verteilen: 80m² großen Chemielager, jeweils etwa 440 m² roboterbetriebenes KI-gestütztes Chemie-Großraumlabor, ca. 440 m² Nass-Chemielabore, ca. 340 m² Büroflächen, ca. 100 m² Lagerflächen. Für die NUF 7 wurden ein Raumbedarf von ca. 100 m² ermittelt, für die Technikflächen ca. 500 m². Die veranschlagten Gesamtbaukosten (KG 200 bis 700) belaufen sich für den Um- und Erweiterungsbau auf ca. 22.800.000 € netto. Im Laufe der Planungsphase zu erstellende Kostenermittlungen sind getrennt nach Kosten für den Erweiterungsbau sowie den Umbau / Sanierung des Bestandes zu ermitteln und in einer Gesamtaufstellung zusammen zu führen. Weitere Details sind der

Maßnahmen- und Leistungsbeschreibung in Anlage 07 sowie den Planunterlagen in Anlage 08 zu entnehmen. Darüber hinausgehende Projektdetails werden in der zweiten Stufe des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird das Projektbuch an die ausgewählten Bieter übermittelt. Gegenstand dieses VgV-Vergabeverfahrens sind die erforderlichen Leistungen der „Objektplanung Freianlagen“ gem. § 39 in Verbindung mit Anlage 11 der HOAI 2021 in den LPH 1 bis 9, zzgl. Besonderer Leistungen. Eine differenzierte Leistungsbeschreibung ist der Anlage 04 zu entnehmen. Besonderer Hinweis betr. Bieterfragen aufgrund besonderer äußerer Ereignisse (z.B. Sars-COV-2 oder Ukraine Krieg): Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Angebotserstellung etwaige mögliche bzw. erkennbare Beeinträchtigungen, z.B. in Bezug auf die Verfügbarkeit von Materialien und Produkten, Arbeitskräften, eine evtl. verzögerte Beibringung von geforderten Nachweisen, Auswirkungen auf etwaige Nachunternehmer etc. Fragen, die in diesem Zusammenhang auftreten, bitten wir rechtzeitig vor Angebotsfrist über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen.

Kennung des Verfahrens: bcd70b2-76da-4d0b-9c11-ca2d88e2aaad

Interne Kennung: Z.FHIO.A.000323.VgV.FA.3108

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71421000 Landschaftsgärtnerische Gestaltung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin, Faradayweg am Fritz-Haber-Institut

Postleitzahl: 14195

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,01 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Alle Wesentlichen für die Erstellung des Teilnahmeantrages erforderlichen Unterlagen, stehen Ihnen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/5e785f01-03ee-4a06-84e9-2d09cd1b1727> Für die Abgabe Ihres Teilnahmeantrages ist eine einmalige kostenfreie Registrierung auf der Plattform erforderlich. Im Bieterassistenten geben Sie hierfür bitte am Ende beim Schritt „Teilnahmeantrag einreichen“ den natürlichen Namen/jur. (Büro-) Namen in dem dafür vorgesehenen Feld an. Die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Teilnahmeantrages sind durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt. Das Datenvolumen ist pro Datei auf 50 MB begrenzt. Für die Teilnahme wird keine Vergütung gewährt. Mit Abgabe eines Teilnahmeantrages wird Einverständnis hiermit erklärt. Sollten sich aus Sicht der Bewerber Nachfragen ergeben, sind diese ausschließlich über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen. Die eingegangenen Fragen und Antworten zum laufenden Verfahren, stehen stets aktuell ausschließlich in der eVergabe allen Bewerbern zur Einsicht zur Verfügung. Bewerber sind verpflichtet, sich regelmäßig und eigenverantwortlich bis unmittelbar vor Teilnahmeschluss über den jeweils aktuellen Stand auf

der zuvor genannten Website zu informieren und die dort zur Verfügung gestellten Informationen bei der Abgabe des Teilnahmeantrages zu berücksichtigen. Nachteile, die durch eine Nichtbeachtung der ausschließlich auf der zuvor genannten Website eingestellten Informationen entstehen, gehen zu Lasten des Bewerbers.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 6, 7, 8, 9 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)"

Betrug: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 4, 5 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden"

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)"

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs

(Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)"

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 2, 3 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche)"

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann"

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat"

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: vgl. § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über

Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: (...) 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung)."

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 2 GWB: "§ 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestariftreuegesetzes bleiben unberührt."

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden"

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 8, 9 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, 9. das Unternehmen a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln."

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein

Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat"

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: vgl. § 123 Abs. 4 S. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können."

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: vgl. § 123 Abs. 4 S. 1 GWB: "Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können."

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken"

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann"

Zahlungsunfähigkeit: vgl. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB: "Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn (...) 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat"

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin Umbau und Erweiterung
Gebäude T: Freianlagen

Beschreibung: Das Fritz-Haber-Institut (FHI) wurde im Jahr 1911 als Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem gegründet und 1953 in die MPG eingegliedert. Im Zentrum der Forschungsaktivitäten steht das fundamentale Verständnis elementarer Prozesse in der physikalischen Chemie und damit des Zusammenhangs von Struktur, Reaktivität und Dynamik an Oberflächen, Grenzflächen, Nanostrukturen, Molekülen und Clustern. Aktuell besteht ein erhebliches Defizit an hochinstallierten, nass-chemischer Laborflächen mit für den robotisierten Betrieb geeignetem Aufbau. Zur Bedarfsdeckung soll das Gebäude T zu einem Laborbau umgebaut und erweitert werden. Die auf der Nordseite des sechseckigen Gebäudes angeordneten Bürokuben und die Mittelhalle sollen anteilig abgebrochen und die technische Ausrüstung komplett zurückgebaut werden. In die frei werdenden Flächen, zwischen den zwei teilabgebrochenen Kuben, soll der Erweiterungsbau in das bestehende Gebäude „eingeschoben“ werden. In diesem neu zu errichtenden Teilgebäude sollen sämtliche hochinstallierte Räume, wie Labore und Gefahrstofflager, sowie der Großteil der zentralen Technik und technischen Erschließung auf drei Geschossen, davon ein Kellergeschoss, untergebracht werden. Das „Kernstück“ des neuen Bereichs stellt dabei das KI-gesteuerten automatisierte Labor dar, dass im Erdgeschoss entstehen soll. Im darüber liegenden Geschoss sollen Nasschemie-Labore mit Auswertepätzen entstehen, die in mehrere Laborräume unterteilbar sein sollen. Das zukünftige Gebäude T soll eine NUF von ca. 1.400 m² (ca. 3.370 m² BGF) umfassen, wobei sich die geplanten Nutzungsflächen wie folgt verteilen: 80m² großen Chemielager, jeweils etwa 440 m² roboterbetriebenes KI-gestütztes Chemie-Großraumlabor, ca. 440 m² Nass-Chemielabore, ca. 340 m² Büroflächen, ca. 100 m² Lagerflächen. Für die NUF 7 wurden ein Raumbedarf von ca. 100 m² ermittelt, für die Technikflächen ca. 500 m². Die veranschlagten Gesamtbaukosten (KG 200 bis 700) belaufen sich für den Um- und Erweiterungsbau auf ca. 22.800.000 € netto. Im Laufe der Planungsphase zu erstellende Kostenermittlungen sind getrennt nach Kosten für den Erweiterungsbau sowie den Umbau / Sanierung des Bestandes zu ermitteln und in einer Gesamtaufstellung zusammen zu führen. Weitere Details sind der Maßnahmen- und Leistungsbeschreibung in Anlage 07 sowie den Planunterlagen in Anlage 08 zu entnehmen. Darüber hinausgehende Projektdetails werden in der zweiten Stufe des Verfahrens zur Verfügung gestellt. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe wird das Projektbuch an die ausgewählten Bieter übermittelt. Gegenstand dieses VgV-Vergabeverfahrens sind die erforderlichen Leistungen der „Objektplanung Freianlagen“ gem. § 39 in Verbindung mit Anlage 11 der HOAI 2021 in den LPH 1 bis 9, zzgl. Besonderer Leistungen. Eine differenzierte Leistungsbeschreibung ist der Anlage 04 zu entnehmen. Besonderer Hinweis betr. Bieterfragen aufgrund besonderer äußerer Ereignisse (z.B. Sars-COV-2 oder Ukraine Krieg): Bitte berücksichtigen Sie bei Ihrer Angebotserstellung etwaige mögliche bzw. erkennbare Beeinträchtigungen, z.B. in Bezug auf die Verfügbarkeit von Materialien und Produkten, Arbeitskräften, eine evtl. verzögerte Beibringung von geforderten Nachweisen, Auswirkungen auf etwaige Nachunternehmer etc. Fragen, die in diesem Zusammenhang auftreten, bitten wir rechtzeitig vor Angebotsfrist über das Nachrichtensystem der eVergabe zu stellen.

Interne Kennung: 8ee568f8-7eac-480d-8492-3045fc5be022

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71421000 Landschaftsgärtnerische Gestaltung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin, Faradayweg am Fritz-Haber-Institut

Postleitzahl: 14195
Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 73 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# Bitte beachten Sie, dass

das Übermittelten größerer Datenvolumen (z.B. Pläne) mehr Zeit (ggf. je nach Datenvolumen

und Geschwindigkeit der genutzten/ zur Verfügung stehenden Datenleitung) in Anspruch

nehmen kann. Beginnen Sie deshalb bitte rechtzeitig vor Teilnahmeschluss mit der

Übermittlung der Teilnahmeunterlagen. Sollte es zu Problemen bei der Übermittlung kommen,

melden Sie sich bitte rechtzeitig vor Abgabeschluss beim Support der eVergabe. Für die

Angebotsabgabe ist ausschließlich die Textform nach § 126b BGB zugelassen. Im

Bieterassistenten geben Sie hierfür bitte am Ende beim Schritt „Angebotseinreichung“ den

natürlichen Namen/jur. (Büro-) Namen in dem dafür vorgesehenen Feld an. Dabei ist

sichergestellt, dass die Integrität der Daten und die vertrauliche Behandlung Ihres Angebots

durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung gewährleistet sind. Über eine

etwaige Teilnahme am Verhandlungsverfahren werden Sie schriftlich informiert. Gemäß § 17

(11) VgV behält sich der Auftraggeber die Möglichkeit vor, den Auftrag ohne Verhandlungen

mit den Bietern zu vergeben.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Einreichung dieses Teilnahmeantrages bestätigt

der Bewerber, dass er nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem er niedergelassen ist,

in das Berufs- oder Handelsregister dieses Staats eingetragen ist (für Bewerber mit Sitz in

Deutschland: es wird bestätigt, dass der Bewerber in ein entsprechendes Handelsregister,

Partnerschaftsregister bzw. Berufsregister ordnungsgemäß eingetragen ist, soweit der

Bewerber zur Eintragung verpflichtet ist). Weiter bestätigt der Bewerber mit Einreichung

dieses Teilnahmeantrages, dass die im Auftragsfall für die Leistungserbringung vorgesehenen

Personen über die erforderliche Qualifikation als Architekten bzw. Ingenieure (oder

vergleichbar) gem. § 75 Abs. 1 und 2 VgV verfügen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung zum Personalbestand für entsprechende

Dienstleistungen, die beauftragt werden sollen, für die Jahre 2023, 2024 und 2025, wobei die

fest angestellte Mitarbeiter/innen in Vollzeit, inkl. Büro-Inhaber/in bzw. -Geschäftsführer/in

sind. Teilzeitkräfte sind in Vollzeitäquivalente (VZÄ) entsprechend umzurechnen (ohne freie

Mitarbeiter/innen, Praktikant/innen und Aushilfen). Geforderte Mindestanforderungen: Mittelwert über die Jahre 2023 - 2025 ≥ 3 Personen (VZÄ). (Bewerbergemeinschaften werden in Summe gewertet).

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit Einreichung dieses Teilnahmeantrages verpflichtet sich der zukünftige Auftragnehmer vor Auftragserteilung - jedoch erst nach Aufforderung durch die Auftraggeberin – zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche – eine Berufshaftpflichtversicherung mit ausreichender Deckung gem. Maßgaben des Vertrages (vgl. Anlage 06) abzuschließen bzw. eine verbindliche Bestätigung des Versicherers bzw. eines Versicherungsmaklers einzureichen, dass eine solche Versicherung abgeschlossen wird und die Versicherung für die Dauer des Vertragsverhältnisses zu unterhalten. Die Vorlage eines Versicherungsnachweises mit dem Teilnahmeantrag ist nicht erforderlich und nicht gewünscht. Im Falle einer Werkgemeinschaft – spätere Arbeitsgemeinschaft (ARGE) – ist im Auftragsfall entweder der Abschluss einer derartigen Haftpflichtversicherung für die Arbeitsgemeinschaft bzw. eine verbindliche Bestätigung eines Versicherers bzw. eines Versicherungsmaklers, dass eine derartige Versicherung abgeschlossen wird nachzuweisen oder, wenn eine solche Versicherung für die ARGE nicht abgeschlossen werden soll, das Bestehen bzw. eine verbindliche Bestätigung eines Versicherers bzw. eines Versicherungsmaklers, dass eine derartige Versicherung abgeschlossen wird, von jedem Mitglied der Arbeitsgemeinschaft nachzuweisen. Geforderte Mindestanforderungen: Folgende Deckungssummen sind für die Berufshaftpflichtversicherung mindestens erforderlich mit dem Teilnahmeantrag zu bestätigen und im Auftragsfall nachzuweisen: - min. 3.000.000 EUR für Personenschäden und min. 1.000.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden; je pro Jahr 2-fach maximiert (bei Projektversicherung/Excedentendeckung 1-fach maximiert)

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Erklärung zum Mindestjahresumsatz (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich, der beauftragt werden soll. Geforderte Mindestanforderungen: (Werkgemeinschaften werden in Summe gewertet): Mittelwert in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren ≥ 30.000 € netto. (Werkgemeinschaften werden in Summe gewertet).

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit der Einreichung des Teilnahmeantrages bestätigen der Bewerber, dass er über die erforderliche technische Ausstattung verfügt, um eine fachgerechte Leistungserbringung in dieser Beauftragung zu gewährleisten.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Übergeordnete Anforderungen an die Referenzen Nr. 01 bis 04: - Der Bewerber hat die Angaben zu den Mindestanforderungen sowie die Angaben, welche ggf. für die Erstellung einer Rangfolge erforderlich sind, in den Abschnitten Nr. 03 und Nr. 04 anzugeben. Die Beschreibung der Rangfolgebildung kann der Anlage 01, Kap. 4.2 entnommen werden. - Zum Nachweis der beruflichen Eignung werden Referenzen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV mit vergleichbaren Leistungen gewertet, deren LPH 8 innerhalb der sieben Jahre ab Fristende zur Einreichung der Teilnahmeanträge mit (Teil-)Schlussrechnung oder Abnahme gem. VOB/B abgeschlossen wurde. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von öffentlichem Vergaberecht (vgl. Referenz Nr. 04; Kap. 3.4) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von

der Planung und Ausführung von Rigole (vgl. Referenz Nr. 03; Kap. 3.3) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Auftraggeberin behält sich vor, die getätigten Angaben im Rahmen der Auswertung stichprobenhaft bei dem angegebenen Auftraggeber/innen auf Plausibilität zu überprüfen. Nicht wahrheitsgetreue Angaben führen zum Ausschluss aus dem Verfahren. Referenz 1 (Pflicht): Mindestanforderungen: - Eine vergleichbare Leistung für die Gestaltung der Außenanlagen im Umfeld des Denkmalschutzes und deren harmonische Einbindung in das bestehende Umfeld - Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Erbringung von mindestens LPH 3, 5 & 8 im Bereich 1 bis 9 - Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Baukosten ≥ 150.000 € netto - Abschluss der Referenz gem. Nr. 3.0 Anlage 03 (Eignungsmatrix) innerhalb der letzten 7 Jahre Bewertung: - Vergleichbarkeit der Bauaufgabe: (Wichtungsfaktor 4) 3 Punkte: Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rangfolgebildung" unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage zur Referenz sehr vergleichbar. 12 Punkte 2 Punkte: Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rangfolgebildung" unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage zur Referenz vergleichbar mit wenigen Abstrichen. 8 Punkte 1 Punkt: Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rangfolgebildung" unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage zur Referenz vergleichbar, jedoch mit nennenswerten Abstrichen. 4 Punkte - Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungsphasen: (Wichtungsfaktor 2) 6 Punkte: Erbringung von 8 Leistungsphasen 12 Punkte 5 Punkte: Erbringung von 7 Leistungsphasen 10 Punkte 4 Punkte: Erbringung von 6 Leistungsphasen 8 Punkte 3 Punkte: Erbringung von 5 Leistungsphasen 6 Punkte 2 Punkte: Erbringung von 4 Leistungsphasen 4 Punkte 1 Punkt: Erbringung von 3 Leistungsphasen 2 Punkte - Vergleichbarkeit des Bauvolumens: (Wichtungsfaktor 2) 5 Punkte: ≥ 450.000 € 10 Punkte 4 Punkte: ≥ 375.000 € 8 Punkte 3 Punkte: ≥ 300.000 € 6 Punkte 2 Punkte: ≥ 225.000 € 4 Punkte 1 Punkt: ≥ 150.000 € 2 Punkte - Vergleichbarkeit der Fläche: (Wichtungsfaktor 2) 5 Punkte: ≥ 2.000 m² 10 Punkte 4 Punkte: ≥ 1.500 m² 8 Punkte 3 Punkte: ≥ 1.000 m² 6 Punkte 2 Punkte: ≥ 500 m² 4 Punkte 1 Punkt: < 500 m² 2 Punkte Versickerungsanlagen 4 Punkte: Rigole 8 Punkte 3 Punkte: Mulden-Rigole-System 6 Punkte 2 Punkte: Sickerschacht 4 Punkte 1 Punkt: Versickerungsmulde 2 Punkte Projektbesonderheiten I (Wichtungsfaktor 4) 2 Punkte: Denkmalbereich / Ensemble 8 Punkte 1 Punkt: Bauen im Umfeld eines Denkmals/Ensembles 4 Punkte Projektbesonderheiten II (jeweils 1 Punkt; Wichtungsfaktor 4) 1 Punkt: Überflutungsnachweis erstellt 4 Punkte 1 Punkt: Feuerwehraufstellflächen geplant 4 Punkte 1 Punkt: Fahrradabstellflächen geplant 4 Punkte - Umsetzung der Maßnahmen: (Wichtungsfaktor 4) 2 Punkte: Laufender Betrieb in angrenzenden Gebäuden 8 Punkte 1 Punkt: Keine Maßnahme mit laufendem Betrieb 4 Punkte - Beachtung von öffentlichem Vergaberecht: (Wichtungsfaktor 2) 4 Punkte: Vergaben gem. VOB/A 01. und 02. Abschnitt 8 Punkte 3 Punkte: Vergaben gem. VOB/A 02. Abschnitt 6 Punkte 2 Punkte: Vergaben gem. VOB/A 01. Abschnitt 4 Punkte 1 Punkt: Keine Vergaben gem. VOB/A 2 Punkte Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen Gewichtung (Punkte, genau): 82,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Übergeordnete Anforderungen an die Referenzen Nr. 01 bis 04: - Der Bewerber hat die Angaben zu den Mindestanforderungen sowie die Angaben,

welche ggf. für die Erstellung einer Rangfolge erforderlich sind, in den Abschnitten Nr. 03 und Nr. 04 anzugeben. Die Beschreibung der Rangfolgebildung kann der Anlage 01, Kap. 4.2 entnommen werden. - Zum Nachweis der beruflichen Eignung werden Referenzen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV mit vergleichbaren Leistungen gewertet, deren LPH 8 innerhalb der sieben Jahre ab Fristende zur Einreichung der Teilnahmeanträge mit (Teil-)Schlussrechnung oder Abnahme gem. VOB/B abgeschlossen wurde. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von öffentlichem Vergaberecht (vgl. Referenz Nr. 04; Kap. 3.4) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von der Planung und Ausführung von Rigole (vgl. Referenz Nr. 03; Kap. 3.3) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Auftraggeberin behält sich vor, die getätigten Angaben im Rahmen der Auswertung stichprobenhaft bei dem angegebenen Auftraggeber/innen auf Plausibilität zu überprüfen. Nicht wahrheitsgetreue Angaben führen zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Referenz 2 (Pflicht): Mindestanforderungen: - Eine vergleichbare Leistung für die Planung im Zusammenhang mit einem Forschungs- / Laborbau oder vergleichbar - Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Erbringung von mindestens LPH 3, 5 & 8 im Bereich 1 bis 9 - Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Baukosten ≥ 150.000 € netto - Abschluss der Referenz gem. Nr. 3.0 Anlage 03 (Eignungsmatrix) innerhalb der letzten 7 Jahre

Bewertung: - Vergleichbarkeit der Bauaufgabe: (Wichtungsfaktor 2) 3 Punkte: Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rangfolgebildung" unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage zur Referenz sehr vergleichbar. 6 Punkte 2 Punkte: Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rangfolgebildung" unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage zur Referenz vergleichbar mit wenigen Abstrichen. 4 Punkte 1 Punkt: Bauaufgabe ist in Bezug auf die gestellten Mindestanforderungen und die konkreten Projektrahmenbedingungen gem. Ziff. 4 "Referenzangaben zur Rangfolgebildung" unter "Kurze Beschreibung der Leistung [...]" bzw. der vom Bieter beigefügten Anlage zur Referenz vergleichbar, jedoch mit nennenswerten Abstrichen. 2 Punkte - Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungsphasen: (Wichtungsfaktor 1) 6 Punkte: Erbringung von 8 Leistungsphasen 6 Punkte 5 Punkte: Erbringung von 7 Leistungsphasen 5 Punkte 4 Punkte: Erbringung von 6 Leistungsphasen 4 Punkte 3 Punkte: Erbringung von 5 Leistungsphasen 3 Punkte 2 Punkte: Erbringung von 4 Leistungsphasen 2 Punkte 1 Punkt: Erbringung von 3 Leistungsphasen 1 Punkt - Vergleichbarkeit des Bauvolumens: (Wichtungsfaktor 1) 5 Punkte: ≥ 450.000 € 5 Punkte 4 Punkte: ≥ 375.000 € 4 Punkte 3 Punkte: ≥ 300.000 € 3 Punkte 2 Punkte: ≥ 225.000 € 2 Punkte 1 Punkt: ≥ 150.000 € 1 Punkt - Vergleichbarkeit der Fläche: (Wichtungsfaktor 1) 5 Punkte: ≥ 2.000 m² 5 Punkte 4 Punkte: ≥ 1.500 m² 4 Punkte 3 Punkte: ≥ 1.000 m² 3 Punkte 2 Punkte: ≥ 500 m² 2 Punkte 1 Punkt: < 500 m² 1 Punkt

Versickerungsanlagen: (Wichtungsfaktor 2) 4 Punkte: Rigole 8 Punkte 3 Punkte: Mulden-Rigole-System 6 Punkte 2 Punkte: Sickerschacht 4 Punkte 1 Punkt: Versickerungsmulde 2 Punkte Projektbesonderheiten I (Wichtungsfaktor 2) 2 Punkte: Denkmalbereich / Ensemble 4 Punkte 1 Punkt: Bauen im Umfeld eines Denkmals/Ensembles 2 Punkte Projektbesonderheiten II (jeweils 1 Punkt; Wichtungsfaktor 2) 1 Punkt: Überflutungsnachweis erstellt 2 Punkte 1 Punkt: Feuerwehraufstellflächen geplant 2 Punkte 1 Punkt: Fahrradabstellflächen geplant 2 Punkte - Umsetzung der Maßnahmen: (Wichtungsfaktor 2) 2 Punkte: Laufender Betrieb in angrenzenden Gebäuden 4 Punkte 1 Punkt: Keine Maßnahme mit laufendem Betrieb 2 Punkte - Beachtung von öffentlichem Vergaberecht: (Wichtungsfaktor 1) 4 Punkte: Vergaben gem. VOB/A 01. und 02. Abschnitt 4 Punkte 3 Punkte: Vergaben gem.

VOB/A 02. Abschnitt 3 Punkte 2 Punkt: Vergaben gem. VOB/A 01. Abschnitt 2 Punkte 1

Punkt: Keine Vergaben gem. VOB/A 1 Punkte

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 48,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Übergeordnete Anforderungen an die Referenzen Nr.

01 bis 04: - Der Bewerber hat die Angaben zu den Mindestanforderungen sowie die Angaben, welche ggf. für die Erstellung einer Rangfolge erforderlich sind, in den Abschnitten Nr. 03 und Nr. 04 anzugeben. Die Beschreibung der Rangfolgebildung kann der Anlage 01, Kap. 4.2 entnommen werden. - Zum Nachweis der beruflichen Eignung werden Referenzen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV mit vergleichbaren Leistungen gewertet, deren LPH 8 innerhalb der sieben Jahre ab Fristende zur Einreichung der Teilnahmeanträge mit (Teil-)Schlussrechnung oder Abnahme gem. VOB/B abgeschlossen wurde. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von öffentlichem Vergaberecht (vgl. Referenz Nr. 04; Kap. 3.4) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von der Planung und Ausführung von Rigole (vgl. Referenz Nr. 03; Kap. 3.3) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Auftraggeberin behält sich vor, die getätigten Angaben im Rahmen der Auswertung stichprobenhaft bei dem angegebenen Auftraggeber/innen auf Plausibilität zu überprüfen. Nicht wahrheitsgetreue Angaben führen zum Ausschluss aus dem Verfahren. Referenz 3 (Pflicht): Mindestanforderungen: - Eine vergleichbare Leistung für die Planung und Ausführung Rigole - Eine vergleichbare Leistung für ein Objekt mit Erbringung von mindestens LPH 3, 5 & 8 im Bereich 1 bis 9 - Abschluss der Referenz gem. Nr. 3.0 Anlage 03 (Eignungsmatrix) innerhalb der letzten 7 Jahre

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Übergeordnete Anforderungen an die Referenzen Nr. 01 bis 04: - Der Bewerber hat die Angaben zu den Mindestanforderungen sowie die Angaben, welche ggf. für die Erstellung einer Rangfolge erforderlich sind, in den Abschnitten Nr. 03 und Nr. 04 anzugeben. Die Beschreibung der Rangfolgebildung kann der Anlage 01, Kap. 4.2 entnommen werden. - Zum Nachweis der beruflichen Eignung werden Referenzen gem. § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV mit vergleichbaren Leistungen gewertet, deren LPH 8 innerhalb der sieben Jahre ab Fristende zur Einreichung der Teilnahmeanträge mit (Teil-)Schlussrechnung oder Abnahme gem. VOB/B abgeschlossen wurde. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von öffentlichem Vergaberecht (vgl. Referenz Nr. 04; Kap. 3.4) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Anforderungen an die Anwendung / Berücksichtigung von der Planung und Ausführung von Rigole (vgl. Referenz Nr. 03; Kap. 3.3) können über die dort abgefragte separate Referenz oder kumuliert über die Referenz Nr. 01 bzw. Referenz Nr. 02 nachgewiesen werden. - Die Auftraggeberin behält sich vor, die getätigten Angaben im Rahmen der Auswertung stichprobenhaft bei dem angegebenen Auftraggeber/innen auf Plausibilität zu überprüfen. Nicht wahrheitsgetreue Angaben führen zum Ausschluss aus dem Verfahren. Referenz 4 (Pflicht): Mindestanforderungen: - Eine vergleichbare Referenz, in der Bauleistungen - unter Berücksichtigung des für den Bund maßgeblichen, öffentlichen

Vergaberechts oberhalb und unterhalb des Schwellenwertes für Bauleistungen - in den LPH 6 & 7 durch den Bewerber ausgeschrieben und durch den Auftraggeber beauftragt wurden. Die Leistungen der Zentralen Vergabestelle können dabei auch durch den AG bzw. einen externen Dienstleister im Projekt erbracht worden sein. - Abschluss der Referenz gem. Nr. 3.0 Anlage 03 (Eignungsmatrix) innerhalb der letzten 7 Jahre

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 0,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: vgl. Anlage 01 "Allgemeine Vergabeunterlage", Kap. 4.4, "Bewertungssystematik" und Anlage 05 "Zuschlagskriterien"

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 80

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 06/08/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/5e785f01-03ee-4a06-84e9-2d09cd1b1727>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/5e785f01-03ee-4a06-84e9-2d09cd1b1727>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 18/08/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Sollten mehr als die in der Auftragsbekanntmachung vorgesehenen Bewerber ihre Eignung für das Verhandlungsverfahren nachgewiesen haben, erfolgt eine Bewertung der eingereichten Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb gemäß der beigefügten Matrix zum Teilnahmewettbewerb (vgl. Anlage 03). Die erforderlichen Angaben zur Bewertung der vergleichbaren Leistungen sind in den Formblättern vollständig und nachvollziehbar anzugeben. Die drei bis fünf Bewerber, die ihre Eignung nachgewiesen und in der Bewertung die höchsten Punktzahlen gem. Rangfolge erzielt haben, werden zur Abgabe eines verbindlichen und zuschlagsfähigen Erstangebotes aufgefordert. Die viert- und fünftplatzierten Bewerber werden nur dann zur Angebotsabgabe aufgefordert, wenn sie mind. 80 % der Punktzahl des Drittplatzierten gem. Rangfolge erzielt haben. Bei Punktgleichheit auf einem Rang, welcher für die Teilnahme am weiteren Verfahren relevant ist, entscheidet zunächst die höhere Punktzahl des Unterkriteriums Nr. 4.1.1 der 01. wertungsfähigen Referenz und nachfolgend, falls weiterhin eine Punktgleichheit vorliegt die höhere Punktzahl der nachfolgenden Unterkriterien Nr. 4.1.2 bis 4.n.n. in absteigender Reihenfolge. Sofern auch danach Punktgleichheit herrscht, entscheidet das Los.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Falls Sie sich als Bewerbungsgemeinschaft bewerben ist Folgendes zu beachten:

Bewerbungsgemeinschaften sind als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), als offene Handelsgesellschaft (oHG) sowie in haftungsrechtlich vergleichbarer Form einer anderen EU-Rechtsordnung zugelassen. Es ist im Teilnahmeantrag aufzuzeigen, wer an der Bewerbungsgemeinschaft beteiligt ist. Dem Auftraggeber ist im Teilnahmeantrag ein verantwortlicher Ansprechpartner aus der Bewerbungsgemeinschaft zu benennen. Die Übernahme der gesamtschuldnerischen Haftung wird mit Einreichung des Teilnahmeantrags durch jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft erklärt.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber /Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewertung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen

erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen

nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Bieterkommunikation

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Regierung von Oberbayern Vergabekammer Südbayern

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Bieterkommunikation

Organisation, die Angebote bearbeitet: Bieterkommunikation

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Max-Planck-Gesellschaft , GV-Bauabteilung

Registrierungsnummer: ef4ae513-1252-472f-a217-63adc11a85d5

Postanschrift: Hofgartenstraße 8

Stadt: München

Postleitzahl: 80539

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: bieterfragen@gv.mpg.de

Telefon: +49 8921080

Fax: +49 8921081344

Internetadresse: <http://www.mpg.de>

Profil des Erwerbers: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: aa8b0828-c81b-4559-8d50-a3c97e41455c

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 8921762411

Internetadresse: <http://www.regierung.oberbayern.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Bieterkommunikation

Registrierungsnummer: 97d1f3bb-8aca-4056-b760-21e8384455bc

Stadt: München

Postleitzahl: 80539

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: bieterfragen@gv.mpg.de

Telefon: +49 8921080

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 01362229-25d0-452a-9831-e9fe87441840 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/07/2026 12:52:26 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 492194-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 135/2026

Datum der Veröffentlichung: 16/07/2026